

Bezugspreis
monatlich 1.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsvorte 10000.—
am Postamt 10000.—
ins Ausland 15000 voin. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher:
2273. 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausschaltung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheinet
an allen Verkäufen
Anzeigenpreis.
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenpartie innerhalb
Polens... 200.— M
Reklameteil. 600.— M

Für Aufträge | Millimeterzeile im Anzeigenpartie im
aus Deutschland | Reklameteil 600.— p. M
in deutscher Währung nach Kurs.

Von der Inflation.

Alle Länder Europas, die in den Krieg verwickelt waren, mußten irgendwie daran denken, die enormen Ausgaben, die die Kriegsführung erforderte, durch neue Geldemissionen zu decken. Es mußte neues Geld beschafft werden und dies geschah dadurch, daß man von Seiten des Staates, entweder durch Ausgabe neuer Banknoten, neuer Banknoten oder durch die Finanzgriffnahme von Bankkrediten, den Geldbedarf zu decken suchte. Besonders die leichten beiden Manipulationen wirkten nachhaltig auf die Zirkulation der Wertmittel, weil die Brüder dazu benutzt wurden, die kleineren Läufe des Staates zu begleichen. Ganz gleichgültig darum, ob je nach Gewohnheit des einzelnen Volkes, Schätzverkehr oder Barauszahlung in erhöhterem Maße geübt wurde.

Das Ergebnis war immer, der Regierung neue Geldmittel zur Verfügung zu stellen, damit sie von neuem kaufen konnte. So aber wurde zwar die Kaufkraft erhöht, jedoch die Menge der Waren nicht in entsprechendem Maße vermehrt. Eine Preissteigerung war die notwendige Folge. Und mit den erhöhten Preisen, wuchs wiederum der Bedarf anbarem Gelde. Zwar war die nötige Menge Geld, der Ware entsprechend, vorhanden, die Preissteigerung ist nur deshalb hervorgehoben worden, weil der Staat eine künstliche Kaufkraft schuf.

Unter normalen Umständen entstand neue Kaufkraft nur durch Produktion, Verkauf von Waren und Leistungen, die neue Marktwerte schufen. Diese Kaufkraft hat niemals den Erfolg gezeigt, Preise in die Höhe zu schrauben. Eine künstliche Kaufkraft ist also eine geschaffene, besser geliehene Kraft, die keine realen Grundlagen hat.

Man spricht im Problem der Geldmittel von einer Theorie der Menge und wendet gewöhnlich ein, daß eine Vermehrung der Geldmittel nicht einen so entscheidenden Einfluß auf die Steigerung der Preise haben kann, denn das Publikum "wünscht nicht mehr Geld, als es braucht". Darin liegt gewiß ein Teil Wahrheit. Aber wenn eine Menge neuer Kaufkraft geschaffen wird, die einer Regierung zur Verfügung steht, und besonders in Kriegen, wo ihre Kaufkraft ungewöhnlich stark sein muß, so muß sie wiederum den Verkäufer, von dem sie ihren Bedarf bezieht, mit dieser gleichen Kaufkraft von neuem ausrüsten, indem sie ihm ja seine Waren bezahlt. Aus diesem Grunde muß eine Steigerung der Preise stattfinden, damit das Gleichgewicht zwischen der Allgemeinheit, die durch das Geld ausgedrückt wird, und den Waren und Leistungen, die zum Kauf angeboten werden, bestehen bleibt. Wenn sich nun dieser Prozeß immer wieder Monat für Monat, Jahr für Jahr in gleichem Maße vollzieht, so erleben wir diese Vermehrung des Geldumlaufs, wie die letzten Jahre es uns gezeigt haben.

Aber nicht nur allein der Krieg zeigt uns diesen Prozeß. In Deutschland nimmt die Inflation zu, weil Frankreich gegenüber immer neue Forderungen erfüllt werden müssen, die den Warenbestand des Landes verringerten und darum eine neue Ausgleichsbewegung entstand, die, wie oben ausgeführt, das Gleichgewicht zwischen Ware und Geld erhält. In Polen ist die Inflation noch größer, trotzdem keine Reparationsverpflichtungen erfüllt werden müssen. Durch eine falsche Wirtschaftspolitik entsteht dieser Prozeß, der nun zu einem reißenden Strom angewachsen ist und nun nicht mehr so schnell eingedämmt werden kann, wobei zu beachten ist, daß das Prinzip der Inflation immer das gleiche bleibt.

Wenn der Staat mehr Geldmittel ausgibt, als seine Ersparnisse betragen, sei es für den Krieg oder das Heer oder für organisatorische Zwecke, die keine realen Werke schaffen, so ist eine Steigerung der Preise die notwendige Folge. Die breiten Schichten der Bevölkerung, die nicht in dem Maße Geld aufnehmen können, schränken automatisch ihre Bedürfnisse ein. Dadurch werden Güter und Waren frei, die der Staat zu neuen Anleihen benutzen kann und so abermals neues Geld zu schaffen sucht. So sind dann mit der Zeit die Ausgaben des Staates durch wirkliche Ersparnisse des Landes und der Bevölkerung finanziert worden, soweit nicht äußere Anleihen aus hochvalutierten Staaten den Grund gelegt haben. Aber auch solche Maßnahmen bedeuten eine erzwungene Ersparnis, durch das Mittel gesteigerter Geldemission — die Inflation. Die Inflation ist demnach ein Mittel, um den Krieg zu finanzieren, um so reale Werte zu bezahlen, welche der Bevölkerung entzogen werden und der Wirtschaft des Staates den größten Schaden zuzufügen.

Dieser Prozeß ist auch auf die neutralen Länder übergegangen, soweit die Staaten Anleihen an die Krieg führenden Staaten gaben. Wurden diese Anleihen aus den Ersparnissen der Länder gegeben, so war das noch nicht von Einfluß auf den Geldumlauf. Sobald aber die Anleihen, wie vorher ausgeführt, auf Kosten der Ersparnisse der Bevölkerungen gingen, begann der Inflationsprozeß, von dem sich auch einige dieser Staaten nur langsam wieder erholen werden.

Der Inflationsprozeß geht noch immer weiter, zum Teil wird mit unbestimmten Größen bereits heute operiert. Alle

Bestrebenen der Finanzwelt gehen heute dahin, zu normalen Geldverhältnissen zu gelangen. Dazu kann man jedoch nicht eher kommen, bevor der Grund erkannt ist, aus welchem die Inflation fließt. Die treibende Kraft ist immer das Besteheben, die Kaufkraft der Verbraucher, ohne Rücksicht darauf, ob in eben dem Maße Waren vorhanden sind, zu erhalten. Man hat aus diesem Grunde verschiedene Warenpreise unter den wirklichen Inflationspreis herabzudrücken versucht, um einige Verbraucherklassen zu unterstützen, von denen man annahm, daß sie durch die Preissteigerung besonders zu leiden hätten. Diese Maßnahmen hatten lediglich einen Erfolg — sie verringerte die Produktion. Einige Beispiele dafür: Arbeitslosenunterstützung, Verkauf von Waren an Armee, um die Preis für Brot und Kohle zu drücken, Subsidien für den Bau von Häusern (in Deutschland) u. a. Andere Beispiele sind: Höchstpreise für Kohle, Zucker, Regulierung der Mieten, durch die Produzenten gezwungen werden, unter dem Wert zu verkaufen.

Solche Maßnahmen haben bisher nur den einen Zweck gehabt, daß die Produzenten ihre Kräfte der Allgemeinheit nicht mehr dienstbar machen und so entstand wieder ein Mangel an bestimmten Waren, der eine weitere Steigerung des Bedarfs und der Inflation zur Folge hat. Eine solche Wirtschaftspolitik ist geeignet, Unzicherheit zu erzeugen, die dann auf die Verbraucher sich überträgt. Die Produktion wird, kurz gesagt, eingeschränkt, und die Kauf-

fähigkeit, die sich im Gelde ausdrückt, wird vermehrt. Die Folge ist also wieder eine Steigerung der Preise.

Die öffentlichen Ausgaben eines Staates, die in diesem Falle weder durch Steuern noch reale Einnahmen gedeckt werden können, treiben immer zur Inflation. Der Grund ist fast immer der Mangel an wirtschaftspolitischer Einsicht, oder Konzessionen, die man einer verhechten Öffentlichkeit zum Schaden des eigenen Leibes macht.

Natürlich trägt auch alle Verschwendungen in den Ausgaben der Regierung zu diesem Prozeß bei, denn die finanzielle Last wird so schwer gemacht, und die Finanzverwaltung wird an jene Gruppe gebrängt, wo eben wieder nur noch die Notenpresse als einzige Rettung bleibt. In diesem Zusammenhang stehen auch die in einzelnen Ländern ganz enormen Ausgaben für das Heer, die oft 50 und 60 v. H. der gesamten Ausgaben des Staates darstellen. Freilich haben auch die revolutionären Bewegungen die gleichen Kosten verschlungen, und zum Teil in noch höherem Maße.

Ein Weg zu vernünftigen Verhältnissen führt auf den Weg nüchterner Handelsbeziehungen, führt dorthin, den Kredit des Landes dem Ausland gegenüber zu heben. Dazu gehört klarer Verstand, kühle Überlegung und ein durch Hebe nicht getrübtes Weltbild.

Aber vorläufig sind wir noch nicht so weit.

Der Beginn der Konferenz von Lausanne.

Am Montag nachmittag haben die Vertreter der verbündeten Mächte eine erste Zusammenkunft abgehalten und ein Programm für die Verhandlungen aufgearbeitet. Drei Ausschüsse werden gebildet; diese tragen nicht mehr die Bezeichnung Kommission, da der Ausdruck zu feierlich erschien, auch nicht den Titel Unterkommission, da die Bevollmächtigten selbst an ihrer Spitze stehen werden. Der erste Ausschuß wird sich unter dem Vorsitz von Rumbold, dem Vertreter Englands, mit den politischen Klaußeln des Vertrages sowie mit dem Gerichtswezen in der Türkei beschäftigen. Unter der Leitung des französischen Bevollmächtigten, des Generals Pellet, wird der zweite Ausschuß die finanziellen Klaußeln bearbeiten. Dem dritten Ausschuß unter der Leitung des italienischen Delegierten Montague soll es vorbehalten bleiben, die wirtschaftlichen Fragen zu studieren.

Ismet Pascha fand sich um 4 Uhr bei den verbündeten Delegierten ein und gab dem Arbeitsplan seine Zustimmung. Der Vertreter Englands dankte den türkischen Abgeordneten für ihr Erscheinen und gab dem Wunsche Ausdruck, die Konferenz möglicherweise als die vorhergegangene sein und Ismet Pascha erlaubte, bereits am 24. Mai, zum Beiratssitz, in der Türkei zurück zu sein.

In Paris betont man mit etwas verdächtigem Eifer die ungünstigen Aussichten der Verhandlungen in Lausanne. In den Kreisen des Quai d'Orsay wäre man allem Anschein nach gar nicht unzufrieden, wenn die Konferenz recht lange dauert. Man hat sogar den Eindruck, daß das amtliche Frankreich es gern ziehen würde, wenn die Verhandlungen von Lausanne den Mußkonflikt überdauern. Zum Verständnis dieser scheinbaren Gleichgültigkeit, die von den im Orient direkt interessierten französischen Wirtschaftskreisen nicht geteilt wird, muß man sich daran erinnern, daß der Quai d'Orsay einen gewissen Zusammenhang zwischen der Orientfrage und der Reparationspolitik für gegeben hält.

An der Lausanner Konferenz nehmen im ganzen zehn Völker teil, und zwar England, Italien, Frankreich, Griechenland, Japan, Südostasien, Rumänien, Belgien, die Vereinigten Staaten und die Türkei. Auch der Sowjetregierung soll nach Neuter mitgeteilt werden sein, daß die Unwesenheit eines russischen Vertreters in Lausanne wünschenswert sei, falls Russland seinen Standpunkt bezüglich der Meerengenfrage geändert habe. Die Vertragspunkte, über die noch Einigung erzielt werden muß, sind die Mosulsfrage, die Sicherheit der Ausländer in der Türkei, finanzielle und wirtschaftliche Klauseln und die griechisch-türkischen Reparationen. Eine besondere Rolle scheinen (vergleiche die Melougen aus Paris) die sogenannten Chester-Konzessionen (nach dem amerikanischen Admiral Chester) zu spielen. Es handelt sich hierbei um die Eisenbahnen und Bergwerkskonzessionen in Kleinasien, die die Türkei den Amerikanern ertheilt haben und in denen Frankreich eine Verleihung seiner Interessen erblidet. Deswegen werde, wie die "Daily Mail" schreibt, diesmal ein ausgesprochener Interessenkonflikt zwischen den Franzosen und Amerikanern in Lausanne herrschen. Die Chester-Frage werde bei dieser Konferenz höchstwahrscheinlich für Amerika das gleiche bedeuten, was seinerzeit die Mosulsfrage für England bedeutete. England wird auf den neuen Lausanner Konferenz durch Sir Horace Rumbold, Frankreich nicht durch den Botschafter Bompard, sondern durch General Pellé vertreten sein.

Die französische drohende Geste, die sich dahin ausdrückt, daß der französische General Wehlgand nach Syrien geschickt ist, wird in den Kreisen der türkischen Delegation nicht sehr ernst genommen. Man meint, daß Frankreich sicherlich noch die Erinnerung an Gallien habe, wo belanglich die französischen Truppen vor den türkischen kapitulieren mussten.

Nationaldemokratie und Polnische Volkspartei.

Der Nationale Volksverband hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der der Abgeordnete Gąbiński und der Senator Bąkowski über die Verhandlungen mit den Zentrumsgruppen berichteten und einen Vertragsentwurf vorlegten. In der Aussprache äußerte Senator Niemolski einige Bedenken, forderte aber aus allgemein-nationalen und staatlichen Rücksichten die Ratifizierung des Vertrages. Der Club der Christlich-Nationalen hat trotz zweitägiger Beratungen noch keinen entscheidenden Besluß gefaßt.

Der Piastenklub beendigte seine dreitägigen Beratungen mit der Annahme einer vom Abg. Dubiel eingeführten Entschließung, deren Wortlaut folgender ist:

"Die Polnische Volkspartei nimmt den Bericht des Vorsitzenden Witos über die Verhandlungen zur Bildung einer polnischen Mehrheit im Sejm zur bestätigenden Kenntnis. Der Club ermächtigt das Präsidium zur Finalisierung der Verhandlungen, die die Sejm- und Regierungsmehrheit betreffen." Für den Antrag Dubiel stimmten 48 Piasten, während 14 ihre Stimmen gegen den Antrag abgaben. Zwei Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Gegen den Antrag stimmten die Senatoren Wysocki und Dobrucki und die Abgeordneten Dąbrowski, Wiłłowski, Polakiewicz, Miedziński, Wedziagolski, Anuszczyński, Bujak, Poznański, Bogusławski, Dubrownik und Włodzimierz.

Eine Entschließung des Abg. Dąbrowski, über die infolge Annahme der Entschließung nicht mehr abgestimmt wurde, enthält die Erklärung, daß der Piastenklub sowohl aus staatlichen als auch sozialen Rücksichten gegen die Bildung einer gemeinsamen Regierung nur mit der Rechten ist.

Die kommende Regierung und die Deutschen.

Bei einem Abendessen beim schlesischen Wojewoden am Donnerstag voriger Woche fiel, dem "Oberschl. Kurier" zufolge, die längere Unterhaltung Korfantys mit einem der geladenen deutschen Abgeordneten besonders auf. In dieser Unterredung bemerkte Korfanty, daß das neue Kabinett bereits fit und fertig gestanden und daß es nur auf den geeigneten politischen Moment warte, die Geschäfte zu übernehmen. Er selbst gehörte diesem Kabinett nicht an. Es sei ein stark rechtsorientiertes Kabinett. Ferner wußte Korfanty darauf hin, daß die Deutschen auch von dieser Rechtsregierung eigentlich nichts zu befürchten

Die internationalen Erfolge

der gegenwärtigen Regierung.

Der "Kurier Polski" und der "Gaz" weisen anlässlich der bevorstehenden Kabinettsskrise auf die internationalen Erfolge der gegenwärtigen Regierung hin und betonen, daß die gegenwärtige internationale Lage Polens ausnehmend günstig sei, da man zu der liberalen und pazifischen Politik der jetzigen Regierung Vertrauen habe. Welde Blätter wissen es nicht befreit, worum die beiden stärksten Parteien den Versuch unternommen haben, die Regierung, der sie keine Vorwürfe machen könnten, zu stützen. Die Kritikatmosphäre sei für den Westen unverständlich und könne dem bereits gewonnenen Vertrauen des Auslandes Abbruch tun. Außerdem bemerkt der "Gaz", daß im Lande Unsicherheit entstehe, im Sejm Nervosität Platz greife und die von der Regierung begonnenen Staatsarbeiten hemme. Der "Gaz" glaubt, daß eine gemeinsame Herrschaft der Volkspartei mit der "Acht" ein Zeitalter des Bankes in Polen, eine Periode der Stürme und Erschütterungen sein würde.

Beratungen über Westmarkenfragen.

Am Mittwoch beriet der Wirtschaftsausschuß des Ministerrates. Auf der Tagesordnung standen in erster Linie Fragen, die die Westmarken betrafen.

Die Amnestievorlage.

In der Mittwochssitzung des Rechtsausschusses des Sejm referierte Abg. Siebermann über die neue Fassung der Amnestievorlage. Nach der Diskussion wurde ein Antrag angenommen, der dahin geht, daß die Amnestie kriminelle und politische Vergehen betreffen soll. Darauf gelangte der Gesetzesentwurf mit einigen Änderungen zur Annahme.

Republik Polen.

Die Unantragbarkeit der Wohnung.

Bekanntlich gibt es in Polen eine Verfassung, die in ihrem Artikel 99 die Unverzichtbarkeit des Eigentums und in Art. 100 die Unantragbarkeit der Wohnung feststellt. Die Gesetze sehen von diesem Grundsatz gewisse Ausnahmen vor. Unter anderem besteht, was Wohnungen anlangt, einerseits das Mieterschutzgesetz und andererseits ein Gesetz, das den städtischen Gemeindeverwaltungen die Pflicht auslegt, für ganz bestimzte Kategorien von Personen: Sejmabgeordnete, Diplomaten, Beamte Wohnungen zu beschaffen, und das diesen Gemeindeverwaltungen dafür das Recht gibt, nicht benutzte oder nicht vollausgenutzte Wohnungen zu beschlagnahmen. Daraus geht hervor, daß für ländliche Gemeinden und für andere Zwecke ein Beschlagnahmerecht nicht existiert.

Im Bezirk des Distriktskommisars von Moschin, des Herrn Urbanowski, scheint es aber, wie nachstehender Fall zeigt, entweder mehr Ausnahmen vom Grundsatz der Verfassung zu geben, oder aber es erfreut sich dort die Verfassung einer ganz besonderen „Auslegung“.

Am 20. d. Mts. erschien Herr Urbanowski in Babno Kolonie, um dort für angeblich aus Deutschland ausgewiesene Rückwanderer drei Wohnungen zu beschlagnahmen. Und zwar beglückte er, obwohl das Dorf zum größeren Teil polnisch ist, lediglich deutsche Landwirte mit diesen Beschlagnahmen, darunter auch einen Herrn Peter, der ein Haus, bestehend aus 3 Zimmern und Küche, besitzt und in diesem mit seiner neunjährigen Familie, darunter einem schwerkranken Kind, wohnt. Herr Peter erhielt am 21. d. Mts., unter Lgb. Nr. 682/23 vom Distriktskommisar eine Verfügung, die in Übersetzung folgendermaßen lautet:

„Ich benachrichtige Sie, daß die Wohnung, 2 Zimmer und gemeinsame Küche, in Ihrem Hause, die mit dem 20. April d. J. für aus Deutschland ausgewiesene Rückwanderer mit Arrest belegt ist, zum 28. April d. J. zu räumen ist.“

Entspricht dieses Verfahren den Grundsätzen der Verfassung, und — wenn nicht — was bedient die Wojewodschaft zu tun, um den Grundzügen der Verfassung auch beim Herrn Distriktskommisar Urbanowski Achtung zu verschaffen und um das Eigentum eines polnischen Staatsbürgers zu schützen?

Ein zweiter Fall.

Die Distriktskommisare von Wreschen und Mikoslaw forderten Mitte April eine Anzahl von Anstellern ihrer Bezirke in Mikoslaw und Siedziejewo auf ihre Wohnungen bis zum 25. April zu räumen, damit aus Deutschland vertriebene Polen dort untergebracht werden könnten. Unter den Ansiedlern, die die Räumungsaufforderung erhielten, waren nicht nur Reichsdeutsche, sondern auch solche, die unbedingt polnische Staatsbürger sind.

Die öffentliche Gesundheitspflege.

Um vergangenen Freitag und Sonnabend tagte im Gesundheitsministerium die Zusammenkunft der Direktoren der wojewodschaftlichen Gesundheitsämter und der Chefs der Exposituren des Oberkommissariats zur Bekämpfung der Epidemien. Die Tagung wurde vom Gesundheitsminister Dr. Chodzko eröffnet. Das Programm umfaßte u. a. folgende Fragen: Der Kampf gegen die Infektionskrankheiten und die Unstiftlichkeit, Verstärkung der Sanitätsaufsicht in den Heilstätten, die Fürsorge für die Kinder und die pharmazeutischen Inspektionen.

Der Verwaltungsausschuss des Sejm
beschäftigte sich in seiner Mittwochssitzung zunächst mit den jüdischen Anträgen Reich und Sonnenstein über die Anordnung von jüdischen Gemeindewahlstandswahlen in den Tarnopol. Die Anträge wurden angenommen. Die Regierung wird aufgefordert, die Wahlen anzurufen. — Im Sinne eines Antrages des Präsidiums des Ministerrates wurde beschlossen, das Statistische Hauptamt dem Innensenministerium einzuführen. Schließlich wurde beschlossen, das Gesetz über die Todesstrafe gegen Civilbeamte für Vergehen aus Gewinnsucht aufzuheben.

Die Lage in Memel.

Smetonas Rücktritt.

Aus Memel wird gemeldet: Wie hier verlautet, wird der bisherige Oberkommissär für das Memelgebiet, Smetona, der sich zurzeit in Kowno befindet, auf seinen Posten nicht zurückkehren. Über seinen Nachfolger verlautet noch nichts Endgültiges, die Entscheidung darüber dürfte erst nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Galvanauskas nach Kowno getroffen werden. Man vermutet, daß der Rücktritt Smetonas von seinem Amt als Oberkommissär auf die außerordentlich starke Widerstände zurückzuführen ist, auf die Smetona bei seinen Bemühungen stößt, die bisherigen Machthaber des „Hilfstetees für Klein-Litauen“ von ihrer aufreizenden Haltung abzubringen. Die angeblich bevorstehende Ernennung von Budrys zum Vizeminister des Innern mag auch dazu beigetragen haben, ihm den Posten zu verleidet.

Eine merkwürdige Erklärung.

Der „Tilges Relevius“, Nr. 47 vom 21. April, veröffentlichte, wie das „Mem. Dampfboot“ dem „Balisas“ entnahm, einige Erklärungen, die der Vorsitzende des Hilfsteetes für Klein-Litauen, Martin Jankus, Litauer Litauern abgegeben hat. Er führt aus, daß in Paris fast über alle Fragen Einigkeit erzielt worden sei, nur nicht über die Fragen des Memeler Hafens und des Memelflusses. Hierüber werde man entweder in Memel oder aber in Paris weiter verhandeln müssen. Der Aufstand (I) der Deutschen in Memel habe den Litauern große Mühen gebracht. Die Franzosen hätten daraus ersehen, daß die Litauern nicht solche großen Freunde der Deutschen seien, wie es die Polen immer behauptet hätten. Deshalb habe die Volksstaatenkonferenz auch viele Forderungen der Litauern erfüllt, über die die Litauern andernfalls in Paris noch sehr lange hätten verhandeln können.

Frankreich will den Litauern nichts versprochen haben

Zu der Meldung Frankreich habe zugesagt, eine Verständigung zwischen Litauen und Polen dadurch herbeizuführen, daß es sich mit der Zuteilung von Tilsit an Litauen einverstanden erkläre, bemerkte nach einer Berliner Information des „Memeler Dampfbootes“, der französische Gesandte in Riga, daß keine alliierte Macht ein solches Versprechen gegeben habe und auch nicht geben könne, da die Abder Versailler Verträge darstellen eine Verlebung des Wilnaer Gebiets vom Völkerbundrat endgültig geregelt sei.

Der Abwehrkampf an der Ruhr und der Markfurz.

Krieg seit 1912. — Französischer Schwindel. — Eine Serie von Eisenbahnunfällen. — Die feste Haltung der Bergleute. — Beschlagnahme der Deputatkohle. — Ungünstiger Einfluss der fallenden Mark. — Die deutsche Regierung plant eine neue Stützungsaktion. — Eine Warnung des Reichspräsidenten. — Genaue Prüfung der Rede Lord Curzons. — Euno unterschreibt nur, was er halten kann.

„Der Krieg begann schon 1912 auf dem Balkan und ist heute noch nicht zu Ende. Auch die Besiegung des Ruhrgebietes ist eine Kriegsmaßnahme.“ Mit diesen offensichtlichen Worten enthüllte der ehemalige französische Kriegsminister Bédeau bei einer Ansprache, die er Ende Februar in der Vereinigung der französischen Reserveoffiziere hielt, die Wahrheit. Wenn der Krieg schon 1912 auf dem Balkan begann, so muß man daraus doch folgern, daß Deutschland keine Schuld an ihm hatte. Trotzdem wurde durch den Versailler Vertrag bestimmt, daß die Deutschen ihre alleinige Kriegsschuld erklären müßten. Diese Erklärung, sagt Nitti in einer Kundgebung, ist in einem internationalen Vertrag etwas Neues und durchaus lächerliches. Aber wenn die Verantwortung für den Krieg nur zum Teil auf Deutschland falle, so falle die Verantwortlichkeit für den Frieden allein auf die Sieger. Als Teilnehmer vieler Konferenzen habe sich Nitti davon überzeugt, daß die ausgelüste Gewalt nicht darauf gerichtet sei, Reparationen zu erzielen, sondern einzig darauf, daß deutsche Volk zu erdrücken. Solange Deutschland und die anderen besiegt Länder nicht ihre vollständige Autonomie erhalten, und solange noch ein einziger Soldat der Entente auf ihrem Boden weile, solange würde man von Gewalttat zu Gewalt gelangen. Es sei nicht möglich, daß Deutschland, das noch immer das kultivierteste Land Europas sei und dem Europa alle Männer des Denkens und Forschens sowie einen großen Teil seiner Kenntnisse verdanke, zugrunde gehe. Sein Untergang wäre auch der Untergang Europas.

Solche Wahrheiten freilich verklingen spurlos am Ohr derjenigen, die die Sache angeht. Frankreich lebt in einem verbrecherischen Rausch von Macht und Gier. Es hält die linksrheinischen Gebiete unter dem harten Druck einer großen Besatzungstruppe und hat dazu noch das Ruhrgebiet, das industrielle Herz Deutschlands, besetzt, ohne daß das entwaffnete Deutschland dies hindern kann. Trotzdem schreit es nach Sicherheiten, nach Garantien gegen einen deutschen Angriff. Diese Garantien sollen daurend sein, das Rheinland soll unter internationale Aufsicht gestellt und auch rechts vom Rhein ein breiter Landstreifen entmilitarisiert werden, damit Deutschland auf die Dauer wehrlos jedem französischen Angriffsgeißel preisgegeben ist. Aus dem Leitartikel des „Pos. Tagebl.“ vom Mittwoch („Deutsche Vergleichlichkeit“) haben wir erfahren, daß eine gewisse Schuld des deutschen Geschichtsschreibers vorliegt, die es versäumt hat, die französischen Invasionen, Verbrennereien und Greueln auf deutschem Boden zum Gegenstand ihrer Studien zu machen. Dadurch wurde es möglich, daß Frankreich die Welt die Geschichte mit französischen Augen sehen ließ. Die französische Propaganda stellte es so hin, als sei immer wieder das unschuldige Frankreich von dem barbarischen Deutschland überfallen worden. Dabei ist es genau umgekehrt.

Die französische Illusionsfähigkeit und Deliktheit zeigt sich zurzeit in glänzendster Beleuchtung. Man stellt es so hin, als ob Deutschland von einem Tag zu anderen nachgeben müsse. Geschickt wird der Mülheimer Kommunistenputsch und der Fall der deutschen Valuta benutzt, um diese Läufschung zu begründen. Bismarck häufig wenden sich die französischen Minister an das Volk und sprechen in Versammlungen, Vereinen, bei Denkmalsfeierlichkeiten und Banketten. Immer wieder wird dasselbe wiederholt, mag es auch tausendmal widerlegt sein. Um die Bedeutung der Erfolge Frankreichs an der Ruhr, die in Wahrheit fast gleich Null sind, zu unterstreichen, nimmt man den Mund sehr voll und schwelkt, daß Münchhausen daneben ein Waisenknabe ist.

Heute berichtet Havas wieder aus Düsseldorf, daß am 20. April 15 Kotszüge nach Frankreich abgegangen seien. Außerdem befänden sich auf dem Sortierungsbahnhof Letze noch 23 000 Tonnen Kots, die demnächst nach Frankreich verladen würden. Infolge eines Eisenbahnunfalls bei Holzhausen erleide die Abfertigung des Kotszüge, die vorläufig durch Belgien geleitet werden, einige Verzögerung. Was den Kots anbetrifft, so schwette Frankreich wieder einmal in Angst, denn einige Blätter hatten die Behauptung aufgestellt, daß die Deutschen den Kots im Ruhrgebiet durch Busaz von Chemikalien unbrauchbar gemacht hätten. Sie beriefen sich auf die Angabe deutscher Zeitungen, die bereits vor Wochen darauf hingewiesen, daß der auf den Halben lagende Kots für große Hochöfen nicht zu brauchen sei. All diese Phantasien wurden aber zerstört durch eine Erklärung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, wonach Berichte über eine chemische Sabotage der Deutschen bisher nicht vorlagen. Der Direktor des Pariser städtischen Laboratoriums, Kling, erklärte, wenn man die gewaltigen Koldmenzen durch Schwefelsulfat hätte unbrauchbar machen wollen, so wären dazu so große Schwefelmengen notwendig gewesen, daß die Sache die allgemeine Aufmerksamkeit erregt hätte. Diese Phantasien erinnern an das, was kürzlich in Frankreich über die gefälschten deutschen Bienen, die an den Reparationslieferungen gehörten, geschrieben wurde. Diese Bienen sollten sich angeblich sehr stark vermehren, aber keinen Honig liefern.

Das Eisenbahnen liegt weiterhin sehr im organ. In der letzten Zeit mehren sich wieder die Eisenbahnunfälle. Beim Verschieben am Eppener Hauptbahnhof entgleisten am 20. d. Mts., vormittags 9 Uhr, zwei Güterlokomotiven und mehrere Güterwagen. Die Strecke war am folgenden Tage mittags noch nicht wieder fahrbar. An demselben Tage gegen 9 Uhr abends entgleiste der D-Bug Eppen-Paris in der Nähe des Bahnhofs Düren. Er fuhr auf einen dort haltenden und nicht beleuchteten Kotszug. Mehrere Wagen sollen zertrümmt, eine Anzahl Personen getötet sein. Der Bahnhof Düren wurde sofort abgesperrt und die Unfallstelle in größerem Umkreise abgesperrt. Am 21. April stieß ein aus der Richtung Düren kommender D-Bug bei der Einfahrt in den Bahnhof Euskirchen auf einen Leiterzug. Anscheinend sind vier Tote zu verzeichnen. Die Franzosen sind sehr empfindlich, wenn man ihre Eisenbahnkünste lächerlich findet. In Mainz machte sich der Opernsänger Weber darüber lustig, daß die Franzosen noch immer nicht die schon vor Wochen bei Völkrich abgestürzte Lokomotive eines entgleisten Pariser Schnellzuges gehoben hätten. Für diese nach Ansicht der Helden Poincarés unangebrachte Lustigkeit erhielt er vom französischen Militärgericht in Wiesbaden 14 Tage Gefängnis.

Die Ausweisungen der Eisenbahner nehmen immer größeren Umfang an. In Mainz fand am Montag eine Besprechung zwischen ungefähr 20 geladenen deutschen Eisenbahnbediensteten und Mitgliedern der französischen Eisenbahndirektion statt. Hierbei wurde von einem französischen Vertreter die amtliche Erklärung abgegeben, daß die Massenausweisungen unweigerlich weitergehen würden, wenn das Personal auf seinem ablehnenden Standpunkt beharre. Die deutsche Eisenbahnverwaltung werde im Rheinland niemals wieder kommen, gleichgültig in welcher Form das rheinische Eisenbahnnetz künftig betrieben werde. Alle Bemühungen, die deutschen Beamten durch Versprechungen von Geld und anderen Vorteilen zu gewinnen, scheiterten aber, da diese erklärten, ihren dem deutschen Vaterlande geleisteten Dienst nicht brechen zu wollen.

Neben dem manhaften Widerstand der Eisenbahner, die dafür ausgewiesen oder in menschenunwürdigen Gefängnissen gequält werden, ist der entscheidende Faktor für den Erfolg der deutschen Abwehr die Opfer- und Kampfwilligkeit der Bergarbeiter. Die ablehnende Haltung der Bergleute ist auch die stärkste Ursache für die in Frankreich und besonders auch in Belgien zunehmende Nachdenklichkeit. Die Haltung der Bergarbeiter übertrifft alle Erwartungen und alles, was man am 11. Januar für wahrscheinlich hätte halten können. Für die deutsche Regierung ist dieser Zustand überaus günstig und kann von ihr wirtschaftlich und politisch vortrefflich ausgenutzt werden. Die Bielz 90 Prozent hilft die Arbeiterschaft, was man nicht vergessen darf — muß die Grundlage der Taktik und der Strategie des übrigen Deutschen Reiches bilden.

Die deutsche Arbeiterschaft bemüht sich, ihr Ruhrgebiet nachzuweisen, daß der französische Militarismus dort unmöglich ist. Der Nachdruck, mit dem die Bergarbeiterstadt ihr großes Ziel verfolgt, steigert sich nach dem Bergarbeiterstädter des „Pos. Tagebl.“, Paul Scheffer, immer mehr. Bei verschiedenen Beben wird die Kohle nicht mehr auf die Halden gestürzt, sondern in den Bergwerken selbst unter den nötigen Vorsichtsmäßigkeiten „verpackt“. An einigen Stellen wird sogar mehr eingefahren als ausgefahren. Die Kohlereien werden nach einem sparsamen Verfahren weiter stillgelegt, entsprechend den Beschlüssen der Direktion. Das ist jetzt in einem Umfang geschehen, der die Aussichten der Franzosen auf weitere Erwerbungen auf Null bringt. In der letzten Zeit hatten sie einen etwas höheren Tagesdurchschnitt erreicht als am Anfang. Aber die Bergleute treten keinesfalls für eine Nachfüllung der abgefahrenen Mengen ein. Sie sind bei allen Maßnahmen in dieser Richtung, wie Paul Scheffer berichtet, nicht der hemmende, sondern geradezu der treibende Teil. Sie seien alle Beschlüsse der Direktion sofort in die Tat um. Der völlige Stillstand der höchst kostspieligen und vollkommen unwirtschaftlichen Bemühungen der Poincaré-Garde kann nur noch um eine kurze Zeit hinausgeschoben werden.

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

Maßnahme die Arbeiterschaft ganz besonders gegen sich aufzubringen. Die vier großen Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes wandten sich jetzt mit einer nachdrücklichen Beschwerde an den General

General Degoutte hat es verstanden, durch eine neue

</div

den. Die Industriekredite müssen weiter gewährt werden, da das deutsche Wirtschaftsleben gerade um des Kriegskampfes willen untergeht fortlaufen muss. Eine Zentralisierung des Devisenverkehrs lehnt der Minister ab, da man mit den Devisenzentralen in Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei schlechte Erfahrungen gemacht habe. Außerdem sei etwa ein Fünftel des deutschen Staatsgebietes besetzt, und in dem besetzten Gebiet beständen eine Reihe von fremden Banken, die die deutsche Regierung nicht kontrollieren könne. Der Minister weist hin auf die bisherige Tätigkeit des Wirtschaftsministeriums, um die Preise herunterzuhalten. Wir haben die Kohlenpreise um 9 bis 16 Prozent gesenkt, die Kohlensteuerermäßigung ist den Verbrauchern zugute gekommen, die Eisenpreise sind zweimal heruntergesetzt worden um 25 Prozent, ferner sind die Preise für Papier, Dungemittel usw. gesenkt worden. Eine ganze Reihe anderer Waren sind seit der Dollarsturz im Preis zurückgegangen.

Wie die „Dt. Allg. Blg.“ ausführt, will die deutsche Regierung bei der jetzt in Vorbereitung befindlichen Stützungsaktion für die Mark ihre Methode ändern. Das bisher geübte Verfahren einer fortwährenden Bereitstellung von Devisen zu dem Zweck, die Mark auf einer gleichmäßigen Höhe zu halten, hat sich für die Reichsbank als zu kostspielig erwiesen. Man erinnert sich daran, daß zu Beginn der Stützungsaktion im Februar ein verhältnismäßig geringer Betrag (500 000 Pfund Sterling) genügt hatte, um die nach oben gerichtete Bewegung am Devisenmarkt umzusteuern. Man will es daher in Zukunft mit der Methode der Überraschung versuchen, das heißt man überläßt die Devisenentwicklung eine Zeitlang sich selbst, um dann im gegebenen Augenblick einen Vorstoß zu machen, der die rückläufige Bewegung erleitet. Die der Reichsbank hierbei zur Verfügung stehenden Mittel sind ihre eigenen Devisenbestände sowie die bisher noch unbelasteten Golddepots im Auslande, die jederzeit lombardiert werden können. Diese Absichten der deutschen Regierung gehen aus Erklärungen her vor, die der Staatssekretär Schröder vom Finanzministerium Preußischer Regierung gegenüber machte. Er erklärte, die Mittel der Reichsbank seien keineswegs erschöpft, sie fühle sich vollkommen als Herrin der Bewegung.

Eine Rede des Reichsbankpräsidenten.

Nicht allein die Valutahäfen und das in Berlin eingeneigte internationale Spekulantentum trägt die Schuld an dem neuen Marktsturm. Auch von feindlicher Seite ist ein Anstoß gegeben worden. An der Londoner Börse wurden am 17. April für 900 000 Pfund Sterling deutsche Reichsmark auf den Markt geworfen. Die Annahme liegt nahe, daß es sich um französische Machenschaften handelt, um die Markstützung zu sabotieren. Die „Danz. Neuest. Nachr.“ nehmen an, daß auch das Berliner Spekulantentum Räden nach Paris angeknüpft habe, um sich der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Leider scheinen aber auch andere Kreise, von denen man es nicht erwarten sollte, einen Teil der Schuld zu tragen. Man muß dies entnehmen aus einer Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein, die er am Montag im Zentralkomitee der Reichsbank hielt. In dieser bedeutsamen Rede drückt der Reichsbankpräsident sein Bedauern aus, daß die Goldschätz anweisungen anleise den daran geknüpften Erwartungen nicht entsprochen habe, trotzdem ihr Zweck und ihre Bedeutung allen beteiligten Wirtschaftskreisen sehr ernst und klar zur Kenntnis gebracht wurde. Die Wirkung sei gewesen, daß die Gegner die Widerstandskraft und den Widerstandswillen der deutschen Wirtschaft schwächer einschätzten, als sie sind. Eine weitere Folge sei, daß auch im eigenen Lande die Sonderinteressen sich zum Schaden des Ganzen in starkem Maße bestätigten, die Ansprüche an den Devisenmarkt und die Reichsbank sich von Woche zu Woche und schließlich zu einem unnormalen Umfang steigerten. Mit diesem Bedauern und ernster Sorge habe die Direktion der Reichsbank wahrnehmen müssen, daß nicht nur die Tagesspekulation ihren eigenen Ufern pflegte, sondern daß in der Zeit des schwersten Mindests Deutschlands auch ernste Kreise der deutschen Wirtschaft das Recht zu haben glaubten, sich nicht nur für den zwingenden Bedarf, sondern auch für eine weitere Zukunft auf Vorrat mit großen Devisenbeiträgen einzudecken.

„Das aber heißt, so äußerte sich Dr. Havenstein, hente tatsächlich der große gemeinsame Kampffront und der Krieg, die die Reichsbank im Interesse unserer Politik und Wirtschaft führen, in den Rücken fallen. Das Reichsbankdirektorium würde es lebhaft bedauern, wenn es einer dem Interesse des Ganzen zuwiderräuflaufen Betätigung der Sonderinteressen und des Eigennützes mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentreten müßte; ich betone aber, daß es das tun würde, und zwar mit schärfsten Restriktionen ohne Ansehen der Person oder Firma.“

Die Berliner Beratungen.

In Berlin gehen unterdessen die Beratungen über die Reparationsfrage, die durch die Rede des englischen Außenministers in Gang gebracht wurden. Je mehr sich die deutschen Minister in den vorliegenden Wortlaut der Rede Lord Curzons vertieften, desto mehr erkennen sie an, daß die in der deutschen Presse veröffentlichten Aussagen völlig unzulänglich gewesen sind und vielfach einen falschen Sinn oder mindestens eine unklare Wiedergabe enthalten haben. Der Text der Rede wird daher auf das sorgfältig untersucht, da es sich um eine überaus fein abgewogene Kundgebung handelt, bei der es auf jeden einzelnen Satz ankommt. Die amlichen Berliner Kreise haben von Anfang an keineswegs angenommen, daß Lord Curzon sich als Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich angeboten habe. Sie haben die Rede so aufgefaßt, daß der Lord der deutschen Regierung einen Rat ertheilt. Das schließt natürlich nicht aus, daß Deutschland etwas tut, um dem Wunsche Englands entgegenzukommen. Jedoch warnt die deutsche Regierung vor übertriebenen Erwartungen. Die ersten diplomatischen Verhandlungen haben augenscheinlich in London mit den wiederholten Besuchen des deutschen Botschafters Sichamers im Foreign Office ihren Anfang genommen. Wenn französische Blätter sich aus Berlin melden lassen, der deutsche Schritt werde schon in den allernächsten Tagen erfolgen, so wird dem gegenüber von maßgebender Seite erklärt, daß die deutsche Antwort, die an die Gesamtheit der Alliierten ertheilt werden soll, kaum vor Anfang nächster Woche zu erwarten ist.

Doch England sich auf keinen Fall bei der Reparationsfrage ausschalten lassen wird, geht deutlich hervor aus einer Erklärung des Schatzkanzlers Baldwin im Unterhaus, daß die englische Regierung keine ohne ihre Beteiligung zustande gekommene Entscheidung über die Regelung der Reparationsangelegenheiten billigen werde.

In welchem Sinne Deutschland die Verhandlungen führen wird, ergibt sich aus einer Äußerung des Reichskanzlers Cuno, die er in einer Unterhaltung mit der dänischen Schriftstellerin Martin Michaelis tat. Der Reichskanzler antwortete auf die Frage, unter welchen Voraussetzungen er verhandlungsbereit sei:

„Wir wollen bis an die äußerste Grenze unserer Leistungen fähig sein, um die Reparationsforderungen zu erfüllen. So-

viel sieht jedoch fest: Weder jetzt noch später unterschreibe ich irgend etwas, von dem ich nicht genau weiß, daß wir es durchführen können.“

Ein Vorschlag der deutschen Sozialdemokraten.

Der deutsche Reichstagabgeordnete Hermann Müller sprach am Montag in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei über die politische Lage. Müller erklärte unter anderem, daß kein Grund vorhanden sei, mit der Bekanntgabe des neuen Zahlungsplanes, der die Bezahlung von 80 Milliarden Goldmark vorschlägt, zu zögern. Die deutsche Regierung habe jetzt die Möglichkeit, diesen Plan durchzuführen. Der Plan würde auch eine genügende Garantie für Frankreich enthalten. Was die Sicherung der französischen Grenzen betrifft, so meinte Müller, daß dies durch den Abschluß eines Paktes zwischen allen im Rheingebiet interessierten Staaten möglich sei, dem sich auch die Vereinigten Staaten anschließen würden. In dem Pakt soll bestimmt werden, daß die vertragsschließenden Regierungen darüber wachen sollen, daß Deutschland im Laufe von 99 Jahren keinem Staate in Europa den Krieg erklärt. In diesem Punkte seien sich die deutschen Sozialdemokraten mit den Sozialisten der Verbündeten einig.

Der päpstliche Delegierte beim deutschen Reichspräsidenten.

Der päpstliche Sonderbevollmächtigte für das Ruhrgebiet, Monsignore Testa, wurde fürzlich vom Reichspräsidenten Ebert in Gegenwart einiger Mitglieder des Reichskabinetts empfangen. Monsignore Testa hat der bayerischen Regierung in München einen Besuch abgestattet und will sich von dort aus über Berlin wieder in das Ruhrgebiet aufzulegen. Der Prälat wurde auch vom Berliner Oberbürgermeister Voß empfangen. Anschließend besichtigte der Delegierte, um einen Überblick über die Not in Berlin zu gewinnen, das städtische Kaiserhaus, das Flüchtlingsheim, einige Berliner Überlastestationen sowie das Obdachlosenheim.

Infolge Bürspreche Monsignore Testas ist der zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Essener Bürgermeister Schäfer mit Rücksicht auf seinen krankhaften Zustand aus dem Gefängnis entlassen worden. Er kann mit seiner Familie in einem Sanatorium oder in einem Hotel im besetzten Gebiet Aufenthalt nehmen.

Auf Veranlassung des päpstlichen Delegierten wurde das Los der im Zweibrüderen Gefängnis unter den schwachvollen Verhältnissen festgehaltenen 14 Eisenthaler aus dem Ruhrgebiet infosofern gemildert, als sie zum ersten Mal nach Monaten wieder Besuch von Kollegen empfangen durften und fünfzig durch das Rote Kreuz Verpflegung erhalten.

Die Klagen der deutschen Minderheit in Dänemark.

Bei der dritten Beratung des Nachtragsgesetzes im Folketing entspann sich eine politische Debatte, an der auch der Vertreter der Deutschen in Nordschleswig, Pastor Schmidt-Wodder, teilnahm. Er legte eingehend dar, daß jeder Versuch einer Internationalisierung der zweiten Zone unter Nichtachtung der deutschen Souveränität und der dänische nationale Kampf an der Grenze, der unter der Parole „Schleswig muß heim nach Dänemark“ geführt werde, und ferner die weit verbreitete Spekulation auf den nahe bevorstehenden völligen Zusammenbruch Deutschlands zusammenwirken, um eine Stimmung zu schaffen, auf der Pläne wie die eines Kanalstaates hätten entspringen können. Deutschland fühle sich fast an allen Grenzen bedroht, teilweise durch direkte staatliche Übergriffe, wie bei Frankreich und Polen. An der deutsch-dänischen Grenze sei es nur zu Plänen gekommen. Das alles habe naturgemäß auf die an und für sich erwünschte gesetzliche Regelung der rechtlichen Verhältnisse der dänischen Minderheiten südlich der Grenze hemmend gewirkt. Redner sprach sich dann sehr scharf gegen das dänische Verteilen aus, die Grenze zu einer schwer übersteigbaren Mauer zu machen und zeigte an einigen Beispielen, wie man selbst in Fleißtäfeln in das tägliche Leben stören und hart eingreife und wie die Nordschleswiger, die im Lande geboren und aufgewachsen seien und die keine andere Heimat hätten als Nordschleswig, in Gefahr schwebten, diese zu verlieren, weil der dänische Staat ihnen die Aufenthaltsberechtigung verweigern könnte und teilweise auch verweigere. Redner richtete schließlich die Frage an das Haus, ob es eine derartige Grenzpolitik billige. Der Präsident des Reichstags nahm darauf Veranlassung zu rügen, daß der Redner, soweit er ihn verstanden habe, von Übergriffen anderer Staaten gegen Deutschland gesprochen hätte. Das sei ungültig. Ein solcher Tatbestand liege nach seiner Überzeugung nicht vor. Auch sei es ungültig, Dänemark ähnliche Absichten zu unterstellen.

Die Behandlung der deutschen Minderheiten steht in allen Ländern in enger Beziehung zu dem Verhältnis dieser Länder zum Deutschen Reich. Daher ist es Pflicht dieser Minderheiten, dem Verhältnis ihres Staates zu Deutschland besondere Aufmerksamkeit zu schenken. — Nach einem Kopenhagener Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist die Stimmung im Kopenhagen sehr feindselig. Die französische Propaganda wirkt unablässig, und jeder Däne hält es für ein Reichen mangelnder Bildung, nicht für Frankreich zu schwärmen. So herrscht auch in Dänemark die Überzeugung, daß mit Deutschland nach Recht und Gerechtigkeit verfahren wird. Eine große Masse dürfte auch der Wunsch spielen, weitere Gebiete in Schleswig zu annexieren. Um diesen Preis würden viele Dänen vielleicht ganz gern zur Unterstützung der Politik Poincarés die Waffen ergreifen, wie es ja auch bei anderen Nachbarn Deutschlands solche Elemente gibt, die gern mit Frankreich zusammen über das entwaffnete Deutschland herfallen würden.

Angesichts einer derartigen ungünstigen politischen Stimmung gegenüber Deutschland ist um so mehr anzuerkennen, daß viele Kreise in Dänemark eifrig bemüht sind, die Not der deutschen Bevölkerung und besonders der deutschen Kinder zu lindern. Dabei zeigt es sich, daß doch viel Sympathie für Deutschland besteht. Es ist besonders die dänische Sozialdemokratie, die in dieser Richtung wirkt und sich durch eine Einladung an Ruhrkinder zum Aufenthalt in Dänemark den Willen Poincarés zugesogen hat. Schon während des Krieges, im Jahre 1917, wurde eine Hilfsaktion von den dänischen Gewerkschaften eingeleitet und im Jahre 1920 das „Fælleskomitee for Hjælp til de krigshærgede Land“ gegründet. Auf Grund der dänischen Hilfsaktion sind bis zum Jahre 1921 insgesamt 14 858 deutsche Kinder nach Dänemark geschickt worden. Von Januar 1922 bis März 1923 erhöhte sich die Zahl um 4 600 Kinder, unter ihnen sich bereits 900 aus dem besetzten Ruhrgebiet befanden. Von November 1922 bis März 1923 wurden in 18 deutschen Städten die im Sommer geschlossenen dänischen Kakaostuben wieder eröffnet, in denen täglich 4 500 Kinder gespeist werden. Die Errichtung weiterer Kakaostuben steht unmittelbar bevor. An den Speisungen nehmen durchschnittlich 75 Prozent Kinder aus Volks- und 25 Prozent aus höheren Schulen teil.

Außer dieser unter Leitung des Abgeordneten J. P. Nielsen-Kopenhagen stehenden Hilfsaktion für deutsche Kinder wurden seit dem November 1922 weitere Hilfmaßnahmen durchgeführt: 50 alte Damen wurden mit Lebensmitteln unterstützt. Vier Berliner Krippen erhielten Lebensmittel und Stoff für Windeln. Weihnachten erhielten einige Gemeinden und Pfarr-

ämter insgesamt 2130 dänische Kronen zur Verwendung für arme und bedürftige Kinder. Der dänische Journalistenverband stellte für seine notleidenden Berliner Kollegen 1133 Kronen zur Verfügung, während der dänische Arztekreis 5000 Kronen sandte. Für die Studenden wurden 2569 Kronen und für den Mittwoch 75 124,50 M. und 10 193,82 Kronen gesammelt. Als vorläufiges Ergebnis seiner Valutasammlung überstand die Beisetzung „Politiken“ 3 598 410,80 M.

Aus den Sowjetgebieten.

Noch eine neue Sowjetrepublik.

Aus Tiflis wird gemeldet: Der wirtschaftliche und militärische Zusammenschluß von Armenien, Aserbaidschan und Georgien hat zur Gründung der Republik Transkaukasien geführt. Der Kommissar des Auswärtigen der neuen Republik hat den diplomatischen Vertretern offiziell von dieser Staatsgründung Mitteilung gemacht.

Der Lustverkehr mit Petersburg.

Im Mai soll der Personenlustverkehr Riga—Petersburg eröffnet werden.

Ein russisch-dänisches Abkommen.

Der Vertreter Dänemarks Elan und Litwinow als Vertreter Sowjetrußlands unterschrieben ein Abkommen, das die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Dänemark und Sowjetrußland regelt. Dänemark erhält in Russland eine Anzahl von Konzessionen und die anderen Ländern gewährten Rechte auf dem Gebiet des Handels, jedoch nicht die Vergünstigungen, die den Ländern zuerkannt wurden, die Sowjetrußland de jure anerkannt.

Intervention Englands in der Angelegenheit des Patriarchen Tichon.

„Daily Express“ meldet, daß sich die englische Regierung trotz des Mißverfolges ihrer Maßnahmen nach der Verurteilung des Bischofs Tiepol und des Prälaten Budtewicz an die Sowjetregierung gewandt hat mit einem Schreiben, in dem vor überreichten Schritten gewarnt wird.

Deutsches Reich.

Luise von Baden †.

Nach einer Meldung aus Baden-Baden ist die ehemalige Großherzogin Luise von Baden, eine Tochter Kaiser Wilhelms I., Montag abend im Alter von 85 Jahren im Neuen Schloß gestorben.

Großherzogin Luise von Baden wurde am 8. Dezember 1838 in Berlin geboren. Noch nicht ganz 18 Jahre alt, vermählte sie sich am 20. September 1856 mit dem Großherzog Friedrich I. von Baden. Der Badische Frauenverein, der lange Jahrzehnte viel Nutzen und Segen gebracht hat, wurde von ihr gegründet. Mit ihm hat sich die Großherzogin Luise ein dauerndes Denkmal errichtet. Seine Tätigkeiten verließen und zu verbreiteten, waren nach den Kriegsjahren ihre vornehmste Sorge. Großherzogin Luise förderte auch die Heimindustrie, besonders das Handspinnen, und setzte dafür Preise aus. Nicht zuletzt ist es den Bemühungen der Großherzogin zu verdanken, daß die Trachten in den einzelnen Gegenden des badischen Landes, namentlich in den Tälern des Obers- und Mittellandes, auf dem Schwarzwald und im Odenwald noch sehr häufig getragen werden. Ihre Vollständlichkeit war um so größer, als sie sich stets schlicht natürlich gab und jedermann mit gewinnerischer Herzlichkeit entgegenkam. Seit dem am 28. September 1907 erfolgten Heimgang ihres Gemahls lebte Großherzogin Luise still für sich und ihren Frauenverein. Seit der Revolution lebte sie fast ausschließlich auf der Insel Mainau im Bodensee.

** Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar †. Der ehemalige Großherzog von Sachsen-Weimar, Wilhelm Ernst, ist Dienstag nach in Helmstädt in Schlesien an Vungenentzündung gestorben. Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar wurde am 10. Juni 1876 in Weimar als Sohn des Erbgroßherzogs Karl August geboren. 1894 übernahm er nach dem Tode seines Vaters die Regierung. Mit der Revolution verließ er Weimar. Sein Schloß beherbergte in den Tagen der Nationalversammlung die Mitglieder der Regierung. Vollständigkeit hatte er sich während seiner Regierungszeit nicht erworben.

** Bei großen Lärmzonen im Reichstag kam es, als der deutschvölkische Abgeordnete Henning behauptete, Minister Severing habe in Münster zugunsten der Franzosen Hauszubringen bei bürgerlichem Gesinnung abhalten lassen. Bei den Worten „zugunsten der Franzosen“ brach ein ungeheuerer Turm aus. Die Sozialdemokraten schrien: „Verleumdet!“ und „Bringen Sie Beweise!“ Als der Redner auf diese Aufforderung nicht reagierte, brach ein noch größerer Turm aus, den der Präsident nicht bändigen konnte. Henning muhte, ohne daß man etwas von seinen weiteren Ausführungen verstand, die Tribüne verlassen.

Aus aller Welt.

Ungarische Fragen vor dem Völkerbund. Die Schweizer Telegraphen-Agentur meldet, daß die letzte Sitzung des Völkerbundsrates einen sehr stürmischen Verlauf hatte. In dieser Sitzung entschied der Rat u. a. den Grenzstreit zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn dahin, daß Ungarn die beiden Dörfer Homelos und Samosnalu und die umliegenden Gruben zuerkannt werden. Die Entscheidung wurde im Namen Ungarns von General Tanczos, im Namen der Tschechoslowakei von Ondrášek entgegengenommen. Zu einem sehr heftigen Meinungsaustausch führte der Protest der ungarischen Regierung gegen die Enteignung ungarischer Bürger in Siebenbürgen, das auf Grund des Vertrages von Trianon Rumänien aufgefallen ist. Ein Vorschlag Salandras, diese Frage bis zur nächsten Session zu vertagen, gelangte zur Annahme.

Die maßgebende deutsche Zeitung

im Posenschen ist und bleibt das unter der deutschen Bevölkerung am meisten verbreitete und gelesene

„Posener Tageblatt“

verbunden mit „Posener Warte“.

Sie ist nach wie vor das führende Blatt der Deutschen im Posenschen und darüber hinaus.

Anzeigen haben im Posener Tageblatt den denkbar besten Erfolg!

Hackmaschinen (System Woolnough)

wie von Dehne gebaut

stelle ich auf dem Targ Poznański, Gruppe 8, Stand Nr. 40 aus und bitte um gefl.

Besichtigung.

(6828)

Woldemar Günter,

Telephon: 52-25.

* Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6. *

Telephon: 52-25.

Landwirtschaftl. Maschinen und
Bedarfsartikel, Fette und Oele,

Blumenstauden.

Vorrat über 5 Millionen, zum größten Teil blühend,
Stiefmütterchen, Gartennelken
Gartenprimel, Vergissmeinnicht usw.,
meprährige Stauden in 20 Sorten.

Ede dahlien Ia, 25 Sorten,
Pelargonien a. d. Blüthe stark,
Gemüsesamen aller Art, Rüben, Eckendorfer gelbe, Seradella
offeriert billig.

Fr. Hartmann, Oborniki.

Zu verkaufen:
ein freistehender
eisern. Schornstein
20 Meter hoch,

70 cm. Durchmesser, von 10 mm. Eisenblech, ca. 100 gtr.
Gewicht. Anfragen sind unter A. Nr. 6771 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

Zirka 30—40 Tonnen
Bauschienen,

für Trägerzwecke sehr gut geeignet, 3—7 m lang,
115—130 mm hoch, auch in Teilstücken geben billig ab.

Smoschewer & Co.,

T. z. o. p.

Bydgoszcz, Dworcowa 31 b.

Telephon 430 und 431.

Reisig-Verkauf.

Am Montag, dem 30. April 1923,
findet im Revier Bulowiec II im Jagen 19 der
Verkauf von Reisig
öffentlicht meistertend gegen Barzahlung statt.—
Bedingungen im Termin. Käufer sammeln sich am Wege
Bulowiec—Weishau. 1624

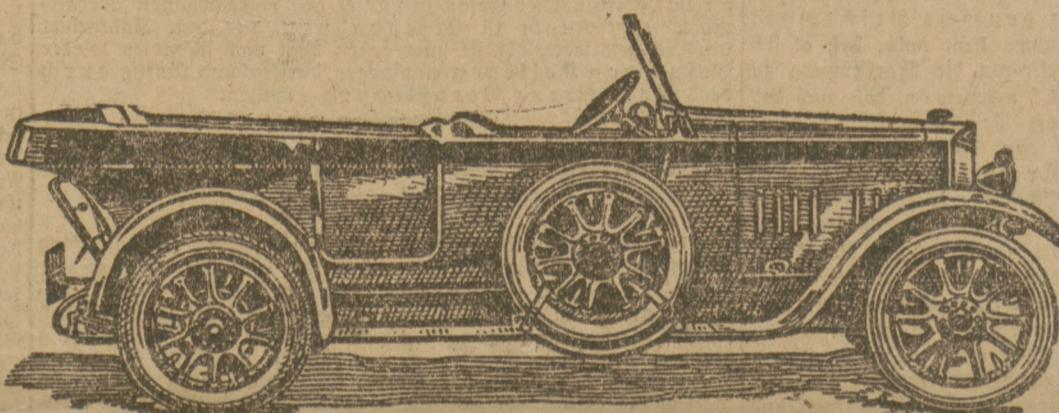
Jagstverwaltung Stary Bulowiec.

Chiffre-Angebote

(Offertenbriefe),
denen das Briefporto mit
500.— Mark
nicht beigefügt ist, können nicht weiter
gefandt werden.

Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Protos



C 10/30

16775

Fabrikat der Siemens-Schuckertwerke

empfehlen die

Danziger Siemens-Gesellschaft G. m. b. H.,
Poznań, ul. Fredry 12 Telephone: 3142, 2318

und Techn. Bureau Stefan Jagodziński, Poznań,
ul. Dąbrowskiego 83.

Häcksel-Maschine

für Söpelpbetrieb und ein ge-
brauchter Karoffelgräber
sind zu verkaufen. Zu erfrag-
n. A. C. 6819 i. d. Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Deutscher Theaterverein.

Freitag, den 27. April,
abends 8 Uhr,
im Saal des Zoologischen Gartens:

„Der Strom“

Drama in 3 Aufzügen
von Max Halbe.



Ein gebrauchtes, sehr gut
erhalt. Herrenfahrrad
und ein sehr gut erhaltenes
Motorrad zu kaufen
angeboten un. 6782 an d.
Geschäftsstelle d. Blattes erh.

Wir bieten antiquarisch
in gutem Zustande zum Kauf
an:

Methode Ruitin,
Deutsch.

Selbstunterrichtsbrieve von

Prof. Dr. Hellwig, geb.

Methode Ruitin,

Geschichte.

Selbstunterrichtsbrieve v. Ober-

lehrer Dr. Karl Werthe.

Posener Buchdruckerei

u. Verlagsanstalt T. A.

Abt. Verlandbuchhandlg.

Poznań,

ul. Zwierzyniecka 6.

Tanzschule Ilse Berger.

Frühlingsfest

Freitag, den 4. Mai, in der Loge, Grobla 25.
Frühere Schüler, Bekannte und Gäste sind
herzlich eingeladen. (Helle Toiletten.) Eintritts-
karten täglich ulica Ogrodowa 5.

Anmeldungen zum einfachen und fort-
geschrittenen Kursus werden täglich ange-
nommen. Beginn am 1. Mai.

(6832)

2 Zimmer, gute Nutzbaum-Möbel

vollständig, mit Bettten und Geschirre u. in der
Oberstadt, mit Neben nahme der Wohnung zu verkaufen.

Nur Selbstläufer werden gebeten.

Offerten un. 6833 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu senden.

Dampfdreschgarnituren und Industrielokomobilen

Original LANZ.

Häckselmaschinen für Kraftbetrieb, * Drill- und Hackmaschinen

Original Kriesel,

sind wieder erhältlich und zu besichtigen auf dem

III. Targ Poznański.

Generalvertreter: Nitsche i Sp., Maschinenfabrik,

Poznań, sw. Marcin 33. Tel. 1478 und 6045.

Aus Stadt und Land.

Posen, 28. April.

Stadtverordnetenstzung.

In der gestrigen Stadtverordnetenstzung kam es zu keinem festigen Zusammensog und auch zu keinem besonders wichtigen Beschluss. Die einzige Vorlage, die größere Bedeutung hatte, war die Genehmigung einer 38 prozentigen Steuerungsabgabe an die städtischen Beamten und Funktionäre. Die Vorlage stieß auf keinen Widerspruch.

Vor Eintritt in die Tagessitzung wurden zwei neue Stadtverordnete eingeführt und durch Handschlag vereidigt. Dann teilte der Vorsitzende Dr. von Mieczkowski mit, daß für den anläßlich der Konstitutionsfeier in der Stadtkirche stattfindenden Festgottesdienst für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung besondere Plätze reserviert seien werden.

Nach einer weiteren Mitteilung ergriff Stadtr. Dr. Szulowski das Wort, um anlässlich des

Großfeuers in der Stadtmüllischen Streichholzfabrik zu erinnern, daß seinerzeit von Seiten des Magistrats dortigen Protest eingelegt worden war, daß an einer nicht genügend isolierten Stelle im Jahre 1920 eine Streichholzfabrik errichtet werden sollte. Der Protest wurde damals vom Verwaltungsrat genehmigt, und nun ist die Begründung des Protestes durch Großfeuer bestätigt worden. Es sei Pflicht der Stadtverordneten, Sorge zu tragen, daß ähnliche Dinge in Zukunft nicht geschehen. Redner tritt für eine Magistratskontrolle ein, die sich auf jegliche Subventionen erstreden solle, die mit Gefahr für die Allgemeinheit verbunden sind.

Stadtrat Podolka weist auf das dem Magistrat zur Verfügung stehende technische Kontrollorgan, die Baupolizei, hin und kündigt eine eingehendere Erklärung für die nächste Sitzung an. Stadtr. Budziszki benutzt die Gelegenheit, um die angeblichen Anforderungen nicht entsprechend Baupolizeizeit der Methodisten zu brandmarken und der Baupolizei Vorwurf zu machen, daß sie erst spät Einsicht in die erwähnte Angelegenheit gewonnen habe. Es handelt sich um das Grundstück ul. Franciszka Kaczejkowa und ul. Skarbowka (fr. Ritter- und Luisenstraße).

Stadtrat Podolka widerlegt den letzten Vorwurf und teilt mit, daß sich das Wohnungsamt mit der Frage der Beschlagsnahme in Frage kommenden Räumlichkeiten befaßt.

Stadtr. Gajek, Rosiekowski erklärt dann, daß die verdeckte Agitation der Methodisten über starke materielle Mittel verfüge und ihrer antireligiösen Tätigkeit ein Ende bereitet werden müsse.

Nachdem noch ein Magistratsmitglied und Frau Dr. Großmann an der Methodistenangelegenheit gesprochen hatten, trat man in die Tagessitzung ein, von der 8 Punkte im Einklang erledigt wurden.

In die Deputation für die Verwaltung des Gutes Kaczejkowice wurden von Seiten der Stadtverordnetenversammlung Stadtr. Dr. von Mieczkowski, Grzegorzewicz, Sieboldi und Blucinski gewählt. Vom Magistrat gehören der Deputation die Stadträte Kultus, Drozdowicz und Kopciukian.

Bum Schlüß der Sitzung gab Stadtpresident Kaczejkowski Informationen über die in Posen bevorstehenden Tagungen. Zu der 3. Posener Messe, die am Sonntag, 10 Uhr vorne, öffnet wird, kommt u. a. gegen Schluss der Messe eine Lettische Expedition mit dem Rigauer Stadtpresidenten und dem gemischten Abordnung der Freistadt Danzig. Der polnische Handelsminister wird erst nach der Eröffnung der Posener Messe verschoben.

Der Saatenstand in Polen.

Wie durch das hauptstatistische Amt bekanntgegeben wird, war der Stand der Saaten in Polen Ende März im allgemeinen als mittel und ziemlich einheitlich in den einzelnen Landesteilen zu bezeichnen. Die Durchschnittszahlen für ganz Polen betragen (wohl 5 = hertragend, 4 = gut, 3 = mittelmäßig, 2 = mäßig, 1 = schlecht ist): bei Winterweizen 3,0, Winterroggen 3,3, Wintergerste 3,0, Winterrohrs 3,1, Klee 3,1.

Am besten standen die Saaten in Kongreßpolen, am ungünstigsten in Kleinpolen (Galizien), jedoch waren bedeutende Unterschiede vorhanden. Infolge Frostes haben die Winterarten stellenweise in den westlichen, durch Übertrag an Beugigkeit in den südöstlichen Wojewodschaften Schaden davongetragen. Diese Verluste sind für den ganzen Bereich der Republik auf 15 Prozent für Winterweizen und 1,3 Prozent für Winterroggen

begünstigt worden. Im allgemeinen waren also die Schädigungen geringfügig; am unerheblichsten in Kongreßpolen und dem frischeren Teilstück, am bedeutendsten in den Wojewodschaften Krakau, Lemberg und Stanislawow, aber auch dort überschritten sie nicht 3% Prozent. Der höchste Verlustprozentus war in der Wojewodschaft Stanislawow zu konstatieren, und zwar bei Weizen 3,2 und bei Roggen 3,4 Prozent.

Keine Erhöhung der Tabakpreise im April.

Die "Deutsche Rundschau" schreibt u. a.: "Die Tabakpreise sind in diesem Monat nicht erhöht worden, und da wir bereits im letzten Drittel des April sitzen, so ist (hoffentlich) für dieses Jahr keine Preiserhöhung des Rauchkrauts und seiner Abkömmlinge zu erwarten. Bisher gingen zu Beginn jedes Monats die Preise für Zigarren, Sigaretten und Tabak „in gleichem Schritt und Tritt“ mit denen für andere Gegenstände des täglichen Bedarfs hinauf in die Höhe. Als vor zwei Monaten verlautete, es solle der Preisstand beibehalten werden, wurde umgehend die Demetermaschine angekreidet, und die kurze Hoffnung der Rauchergilde zerstört in nichts. Diesmal schien es also geraten, eine rückwirkende Voraussetzung zu machen, das heißt festzustellen, daß ein Preisstillstand zwar nicht angekündigt, aber tatsächlich eingetreten sei, „getreu dem alten Sprichwort: „Unverhofft kommt – selten“. Weit höher, warum nun die zeitliche Laufzeitstellung der so glatt drehbaren Preisfrage? Man muß wohl zu der Annahme kommen, es hätten sich nach der letzten Preiserhöhung sehr deutliche Anzeichen dafür ergeben, daß die Grenze nunmehr erreicht sei, jene Scheidegrenze, bei der sich der erhoffte steuerliche Mehrertrag in sein Gegenteil, einen merklichen Fehlbetrag umwandelt. Der Bogen war wohl etwas gar zu straff gespannt. Denn schließlich gehörten Zigarren und Zigarren und ihr Rohstoff, der Tabak, jeder zu den Gegenständen des täglichen, nicht aber des unentbehrlichen Bedarfs, und so hat denn der Verbrauch, der schon seit Monaten eine abschlagende Kurve zeigte, nach der letzten Preiserhöhung vermutlich ziemlich stark nachgelassen. Wie bei Eisenbahntarif erhöhung eine Abwanderung der Fahrgäste von den höheren zu den niederen Wagenklassen sich vollzog, so ähnlich ging es zunächst wohl auch im Konsum des Rauchkrauts, bis zu dem bitteren Ende, wo Junge und Naive schließlich Protest einlegten und als Folge davon ein schmerzlicher Verzicht auf liebe Gewohnheit den Seelenkampf zwischen Wollen und Können löste. Anzeichen solcher beginnender Streitwelle der Raucher sind nicht zu erkennen, und ihre zählermäßige Wirkung wird vermutlich den Anlauf gegeben haben, mit den Preiserhöhungen – vorläufig – einmal innezuhalten.

Handelsminister Ossowski wird bei seinem Posener Messebesuch die Legielski-Werke und andere größere Unternehmen in Großpolen besuchen.

Die Giftigkeit des Zigarettenrauchens. Der giftige Bestandteil des Tabakrauches ist bekanntlich das Nikotin, auch ist der Nikotingehalt der verschiedenen Tabakparate sehr verschieden. Rau- und Schnupftabak ist sehr stark entnicotiniert, Pfeifentabak enthält weniger Nikotin als Zigarettentabak. Habanazigaretten besitzen geringeren Nikotingehalt als eine Virginia oder schwere Pfeifer. Gleichwohl finden sich Nikotinvergiftungen verhältnismäßig häufig beim Habanna-Raucher, da dieser die Habannazigaretten möglichst frisch, d. h. feucht raucht. Der Rauch der feuchten Zigarette enthält 50–75 v. H. mehr Nikotin als der trockenen Zigarette. Über Versuche, den Nikotingehalt im Rauche des geschluckten Tabaks zu bestimmen, berichtet in der "Deutschen Medizinischen Wochenschrift" Prof. Dr. Heinz vom Pharmakologischen Institut der Universität Erlangen. Die Versuche wurden angestellt mit einer gewöhnlichen Sorte Pfeifentabak, mit kurzen "Schweizer Stumpen" und drei Sorten von Zigaretten. Das Resultat dieser Untersuchungen ergibt, daß beim Zigarettenraucher am meisten Nikotin resorbiert wird, und zwar zeigt sich, daß beim Einatmen achtmal mehr Nikotin resorbiert wird, als beim Mundrauchen. Da die leidenschaftlichen Zigarettenraucher meistens den Rauch einatmen, so werden bei diesen häufig schwere Schädigungen des Herzens beobachtet.

Wichtig für Kriegsinvaliden. Die städtische Beratungsstelle für Kriegsinvaliden, Kriegerwitwen und Kriegswaisen fordert in Polen wohlauf Kriegsinvaliden, die wegen Schädigung ihrer Gesundheit gebunden sind, ihren Beruf zu wechseln, auf, sich bis zum 30. April an diese Beratungsstelle (Savitschaplatz 10a, Zimmer 7) zu wenden, wo entsprechende Anträge aufgestellt werden. Spätere Meldungen bleiben unberücksichtigt.

Eine praktische Neuerung im Straßenbahnservice hat die Direktion dieser Tage dadurch getroffen, daß sie auf der Warte in sel der Cavonnierre an dem Sichtmaß einen Transparent

hinstellen mit der Angabe der sämtlichen Straßenbahnen und der letzten Abfahrt auf diesen angebracht hat. Des Abends wird der Kasten beleuchtet. Tatsächlich hat sich das Bedürfnis nach einer Angabe der letzten Abfahrt der Straßenbahn in weiten Kreisen des Publikums vielfach bemerkbar gemacht.

X Verlegung einer Lifträume. Am Zusammenhang mit dem Umbau des Platz Wolnosci (fr. Wilhelmsplatz) ist die bisher an der Südseite des Alten Stadttheaters liegende Lifträume nach der Nordseite des früheren Theaters verlegt worden. An dieser Stelle wird sie naturgemäß die Aufmerksamkeit des Publikums bei weitem nicht in so hohem Grade erregen wie bisher.

Rennsport in Posen. An den diesjährigen Frühjahrsspielen, die am Sonntag, dem 29. April in Lawica beginnen, werden sich außer schon bekannten Reitern auch einige Neulinge beteiligen. Der Stall des Vorstehers des Reitvereins Herrn Zychliński, wird in verstärkter Front teilnehmen. Er wird als Neuling auf der Posener Rennbahn "Taktfest", "Teobald", "Möhre", "Moor" und "Scheld", den Bruder des berühmten König Midas", ins Tressen führen. Erinnert sei daran noch der "Dragoner" des Mittmeisters Falewicz. Obwohl Graf Czarniecki mit seinen Pferden nach Warschau übergesiedelt ist, dürfen doch die einzelnen Renntage einen interessanten Verlauf nehmen, zumal u. a. wieder die Mittmeister Peretiatkowicz, Falewicz, Moszczenski und Oberleutnant Wysocki in den Sattel steigen werden.

Das Konzert von Mitgliedern der Posener Oper, auf das schon wiederholt hingewiesen wurde, findet heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Konzertsaal der Universität statt. Die Damen Fontana, Jakubowska, Marchnowicz und Szafrańska und die Herren Urbanowicz und Wolniński singen polnische Arien und Lieder, darunter eine Anzahl von Werken in Posen lebender Komponisten (Konstanty Górecki, Lucjan Kamienski, Michał Toepper), und Herr Kapellmeister Wociechowski, der auch die Begleitung übernommen hat, leitet den Abend mit zwei Klavierstücken ein ("Konzertwalzer" und "Notturno" von Toepper). Außer den musikalischen Nummern verleiht das Programm einige Meditationen (Herr Czapski). Eintrittskarten sind noch an der Abendkasse zu haben. Der Beitrag ist für Witwen und Waisen von Eisenbahnangestellten bestimmt.

Der Kaufmännische Verein und der Posener Handwerkerverein bitten uns schon heute mitzuteilen, daß anlässlich der Posener Messe für die auswärtigen deutschen Messebesucher mit Ihnen Damen ein Bierabend am Dienstag, dem 1. Mai, in der Grabenloge stattfinden wird. Besagliche Anzeigen erscheinen noch in den Sonntagsausgaben des "Posener Tageblattes" und der "Posener Messezeitung". Für die Vereinsmitglieder gilt die Mitgliedskarte als Eintrittskarte.

Der Verurteilung eines Brandstifters. Im Oktober d. J. gründete ein gewisser W. Nowak die Scheune des Grauen Zoltonski in Zelachowo, Kr. Witkowo, aus Nachteile. Nunmehr hat ihn das Bezirksgericht in Gnesen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Graf Zoltonski erlebt jedoch einen bedeutenden Schaden, da die Scheune wohl bei Krajowe Ubezpieczenie Ogniowe in Polen versichert war, aber nur mit 5 Millionen Mark. — Im allgemeinen Sicherheitsinteresse ist es sehr zu wünschen, daß allgemein mehr auf Landstreiche Obacht gegeben würde. Einige empfindliche Beiträge würden die Brandstiftungsplage sicher einschränken, auch die Vollwertfeuerversicherung wird zur Eindämmung der Brandstiftungen aus Nachteilen beitragen.

X Aufgellärter Todestall. Der gestern von uns mitgeteilte Tod des 22jährigen Arbeiters Johann Dolata aus Posen, der vorgestern früh auf dem Wege zwischen Słupie und Szczepanów mit einem Schuh durchs Herz tot aufgefunden worden war, ist von der Posener Kriminalpolizei restlos aufgeklärt worden. D. war am Montag in Słupie gewesen und machte sich in Begleitung seines gleichaltrigen besten Freundes und ehemaligen Regimentskameraden Wojciech Kusniarek auf den Heimweg nach Posen. Er hat ihn, als dieser nach Słupie zurückkehrte wollte, um Überlassung seines Revolvers. Nachdem er vergeblich versucht hatte, das Magazin des Revolvers zu laden, machte sich Kusniarek daran zu schaffen; plötzlich krachte ein Schuß, und Dolata fiel, mitten ins Herz getroffen, tot nieder. Kusniarek ließ in der Verzweiflung über den folgenschweren Unglücksfall die Leiche liegen und eilte davon. Er wurde jedoch bald nach der Auffindung der Leiche festgenommen und hat nun ein reumütiges Geständnis abgelegt.

X Angeschwemmte Leiche. Gestern früh gegen 9 Uhr wurde die Leiche eines etwa 20jährigen unbekannten Mädchens aus der Warthe bei Dobornik gezogen. Sie ist 1,60 bis 1,65 Meter groß, hat blondes Haar, blaue Augen und war bekleidet mit einem grauen Mantel, grünem Sweater, schwarzer Bluse und ebensolchem

als die Stimmung noch höher stieg, wiegte sich sogar die Frau Oberst zum Walzertakt in Hans-Ottos Arm.

Es war sehr heiß. Else glitt leise aus die Veranda hinaus. Ihr Mann war ein so aufmerksamer Wirt, da könnte sie unmöglich einen Augenblick draußen aufzutun. Ein rotes Pünktchen leuchtete zwischen dem Weinlaub, Rainers Zigarette. Er lehnte an der Fensteröffnung und sah zu dem gesäumten Himmel empor.

Die junge Frau trat zu ihm.

"Wie hell die Sterne leuchten! Die Kassiopeia sah ich immer aus Vaters Fenster. Er nannte mir alle Sternbilder, dort strahlten sie noch viel heller."

"Das macht die dämme, reine Berglust."

"Ja. Hier in Eurer Mark ist es immer schwül. Gelt?" Sie hatte den süddeutschen Dialekt niemals vollständig abgelegt. Rainer meinte, er hätte ihm früher nie so lieblich geflossen. "Arme Else, Du bist heimwehkrank."

"Das ist das rechte Wort! Ich habe oft Heimweh nach meinen Bergen, nach meinem rosemranken Vaterhaus. Vielleicht steht es nicht mehr! Sie haben wohl eine moderne Villa daraus gemacht; och, es war so lieb und trauslich."

"Ich verstehe nicht, daß Hans-Otto es verlassen konnte."

"Er hatte vielleicht recht und wollte meine Sehnsucht besiegen, die Seele war ja doch entflohen, möchte die Form zerbrechen. Ich habe auch nie wieder an Vaters Grab beten können; ich verwinde alles so schwer. Sag, bin ich wirklich so anders als andere Menschen?"

Aus dem düstigen Spitzenkleid schimmerte ihre weiße Haut wie Atlas. Sie hatte eine schwarze Federboa zum Schmuck umgeschlagen; sie war nicht so glänzend und bunt wie der Haarknoten, der auf ihr ruhte. Um den schlanken Hals reihten sich die losbaren Schnüre ebenmäßiger, matt-rosa abgetönter Perlen, die Belohnung für Wölfchens Geburt.

"Biel schöner und holdher," sagte Rainer mit schnalem Atem.

"Eine Schmeichelei wollte ich nicht hören. Hans-Otto wünscht immer, ich sollte mich hier mehr anschließen, aber ich kann es nicht. Ich habe die Menschen ganz gern, doch bleiben sie mir fremd."

"Das glaube ich!" Seine stählernen, sieghaften Augen ruhten mit durchdringendem Blick auf ihr. "Halte mich bitte nicht für zu dringlich, aber beantworte mir eine Frage: Hans-Otto hat mit Eure Verlobungsgeschichte erzählt; hast Du den Prinzen, der Dir seine Krone zu Füßen legen wollte, geliebt? Und hast Du meinen Bruder genommen, um Dich vor dieser Liebe zu schützen?"

"Nein, ich habe noch nie geliebt!" Ihr Blick hing traumversunken an dem seinen.

"Noch nie geliebt... und bist die Mutter seiner Kinder? Weshalb hast Du ihn geheiratet?"

"Weil mein Vater, mein schwerkranker, sterbender Vater es wollte." Ihre Stimme klang wie eine schwingende Glocke.

Er beugte sich tiefer zu ihr nieder. "Und hast Du es nie bereut?" Diese Frage brannte ihm auf den Lippen, aber er sprach sie nicht aus.

"Vielleicht bin ich wirklich kahl, bis ans Herz hexen," wie Hans-Otto sagt, versuchte sie zu scherzen. "Seelenlos"

"Wie eine Wassernixe. Komm, Nixlein. Die Wellen der schönen, blauen Donau rauschen so verlockend, las uns einmal zusammen tanzen."

Sie ließ sich willig von ihm in den Wirbel des Tanzes ziehen. Ihre Füße schienen den Erdboden kaum zu berühren, ihr Atem blieb gleichmäßig, als wenn sie keine Anstrengung fühlte. Ohne Pause glitten sie weiter: ein Takt, ein Puls-Schlag! Sie lehnte so leicht in seinem Arm, daß es ihm schien, als sei sie körperlos, ein lieblicher Schatten! So mochten die Elfen im Wiesengrunde tanzen.

"Wollt Ihr wohl aufhören," schalt der Rittmeister. "Halali, Mutterchen, sonst rast die unvernünftige Frau bis zum Morgen. Den ganzen Tag piepst sie herum mit Migräne, und jetzt kann sie kein Ende finden. Rainer, ich hätte Dich für vernünftiger gealten."

"Verzeih!" lagte dieser erschrocken, "aber Else tanzt so wundervoll, die Titania, die Elsentönigin, da vergaß ich die Zeit."

"Und Rainer tanzt wie ein Bortänzer der Berliner Hofballe."

Die Gäste hatten sich mit fröhlichem "Auf Wiedersehen" verabschiedet.

Fortsetzung folgt

Gerhart Hauptmann's Fantom?

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteil.: 1

Verwandlungs-Buchhandlung

Liefert jetzt direkt an die Besteller folgende
Werke und Zeitschriften:

Friedländer, Max Liebermanns graphische Kunst.

Mit 105 Nachbildungen.

Schlesier, Eduard Münchs graphische Kunst. Mit
92 Abbildungen.

v. Häpling, Acht Predigten über die gem. Ehen. (kath.)

Binden, Die heilige Einfalt. 49 Betrachtungen.

Nagel, Die Seelen der Erlösten.

Stockmayer, Alles überwindende Liebe.

Fröschel, Der Priester und die Frau. Roman.

Recknagel, Hilfstabellen zur Berechnung von Warm-

wasserheizungen.

Köhler, Religion und Menschheit.

Beiderbecke, Goldfärner.

Leppa, In deutschen Gräbern.

Jhmels, Was für Pfarrer erfordert unsere Zeit? (evgl.)

Wagner, Der Unheimliche. Roman.

Weisse, Jesus.

Weissenborn-Dancker, Wunderlich, der Gärtner.

Blüthgen, Richtig Deutsch.

Burg, Die heilige Scholle.

Müller-Freienfels, Philosophie der Individualität.

Kammerer, Tod und Unsterblichkeit.

Fischer, Mischen, Rühren, Kneten und die dazu ver-

wendeten Maschinen.

Engel, Die Furcht vor dem Weibe. Roman.

Engel, Der Reiter auf dem Regenbogen. Roman.

Heimburg, Die Andere. Roman.

Schmidt, Grundzüge der geschlechtlichen Sittlichkeit.

Renzer, Deutscher Sagenschatz.

Burg, Die Weitersäder. Bauernroman.

Burg, Die heilige Scholle.

Dr. med. Grünsfeld, Der praktische Kräuterarzt.

Wells Geheimkammern des Herzens. Roman.

Pöhlmann, Niklas Muffel. Roman.

Zeitschriften:

Die Woche. — Daheim. — Velhagen und
Klasings und Westermann's Monatshefte. —
Europäische Modenzeitung. — Für's Haus.
— Deutsche Jägerzeitung. — Die Gartenlaube.
— Der Bazar (Frauen-Modeblatt). — Vobachs Frauen-
und Modenzeitung. — Elegante Mode (14-tägig).

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern.
Zeitschriften und Musikalien bitten wir
direkt an uns

zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Obst- und Alleebänke, Bürzlich, Frucht- und Zier-
sträucher, Rosen, Spargel-, Erdbeer- u. Herdenpflanzen,
sowie sämtl. Baumschulenartikel empfehlt
Aug. Hoffmann, Baumschulen, Gniezno. (551)

Wohn- u. Geschäftsgrundstück

mit ca. 700 m² im **Bankhaus** in bevorzugter Stadt-
Hausgarten, als **Bankhaus** in gebrauchter Form, an **Selbstläufer** sofort
verfügbar. 2 Stockw., 16,35 m Front, an **Selbstläufer** sofort
verfügbar. (6884)

H. Wachsmuth, Baumeister,
Kreisstadt Kościan.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichnet bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Mai 1923

Name
Wohnort
Postamt
Straße

Gerhart Hauptmann's Fantom?

Dele u. Fette
in erstklassiger Qualität liefern.
Sonder e Brathuhn
Poznań ul. Lewona Mielżyńskiego 23, Telefon 2019

Einzutauschen gesucht

ein in Berlin, Nähe des Alexander-Platzes, gelegenes
vierstöckiges Eckhaus gegen Steinhaus, Villa
oder Landwirtschaft in Polen. Ges. Oefferten
an K. Górska, Warszawa, ul. Sienna 19. (605)

**Für kapitalträgige Kurzentral. Käufer
suchen wie**

**Landwirtschaften, Güter,
Mühlen, Sägewerke,
Häuser, Villen,
Industrie- und Handels-Objekte.**

Offerten mit genauer Beschreibung und Preis erbitten
A. Robowski i A. Bekerowicz,
Poznań, ul. Składowo Nr. 11 (1 Min. v. Hauptbhf.)

Sämtliche Geschäfte werden streng diskret bearbeitet.

Arbeitsmarkt

Suche zum 1. Juli verh., evang., kinderlosen

Beamten,

der ein kleines Gut schon selbstständig bewirtschaftet
hat. Zeugnisse, Empfehlungen und Gehaltsansprüche
unter Nr. P. 6835 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Infolge Todesfalles wird im Kreis Nowy Tomyśl zu möglichst
billigem, evtl. sofortigem Antritt erfahrener, zuver-
lässiger, verh.
oder unver-
heirat.

Förster

gesucht, mit Einschlägen, Durchforstung, Kultur, Saat-
kamp und Baumchule vertraut. Bewerbungen
mit Lebenslauf, Zeugnisschriften, Referenzen und Gehalts-
ansprüchen bei Deputat und Acker Nutzung erbitten unter
Nr. 6825 an die Geschäftsstelle des "Posener Tageblattes".

Sohn achtbarer Eltern,

der Lust hat das Molkereifach zu erlernen, kann am
1. Mai d. Js. als

Lehrling

eingetreten.
Molkerei-Genossenschaft Parzew.
poczał Sławoszów, pow. Jarocin.

Suche zum sofortigen Antritt ein
zuverlässiges

Kinderfräulein

zu 2 Kindern aufs Land.

Bewerbungen bitte unter Nr. 6808 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes zu richten.

Suche für meine drei Kinder von 9, 8 u. 3 Jahren

evang. Kindergartenin

für bald oder 1. Juni d. Js. (6794)

Frau Dampfmühlenbesitzer Gollnisch,
Rawicz i. Polen, Wahl Jana III Nr. 7.

Auhiges, zuverlässiges, besseres

Mädchen oder Frau,

welche gut Schneiderin oder Weihnahmen versteht für leichte
Landstellung gesucht.

Bild mit Bedingungen unter Nr. 6827 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Unter Leitung der Hausfrau
für 3-4 Monate Stütze gesucht.**

Anges. unt. "Landhaushalt" an die Kreiszeitung
Chodzież, Poznań.

Pianino,

freizeitig. Marke Berlin
aus erster Hand, im allerbesten
Zustande. Singer-Damen-

Rähmaschine,

neueste Konstruktion, wie neu.
Besichtigung nur 3-6 nachm.
Ricinski, Poznań, Park-
Jacowskie 17, III 1.

Ga. 2 Bentner garantiert reinen

Bienenhonig

hat gegen Höchstgebot abzu-
geben [6836]

Karl Franke,
Cerekwica-Kowa

p. Lowecice, pow. Jarocin.

Sonnabend,

Freitag,

Sonntag,

Sonntag,